



Interviews

Datum: 5. Dezember 2023

Helena Steinhaus vom Verein Sanktionsfrei im Gespräch mit Jasper Barenberg

Barenberg: Die gesetzlich schon beschlossene Anhebung des Bürgergeldes aussetzen, nicht mit Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil. Mag der Vorschlag unter anderem auch vom FDP-Koalitionspartner kommen. Für den Sozialdemokraten bleibt er moralisch unverantwortlich, wie er sagt, und mit der Verfassung nicht vereinbar.

„Wenn man Kosten im Bürgergeld sparen will, ist der beste Weg, Menschen in Arbeit zu bringen. Diesen Weg gehen wir konsequent in der Bundesregierung, zum Beispiel mit dem Job-Turbo. Aber wir lassen nicht Menschen im Stich, die nach unserer Verfassung als Sozialstaat auf Hilfe angewiesen sind und dabei bleibt es auch.“

Liberale und Konservative argumentieren dagegen mit den Sparzwängen in der Haushaltskrise und auch mit der aktuell niedrigen Inflation. Am Telefon ist Helena Steinhaus, Gründerin von „Sanktionsfrei“, einem Verein in Berlin, der seit acht Jahren Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen unterstützt und sich für eine, wie es im Netz heißt, angstfreie und menschenwürdige Grundsicherung einsetzt. Schönen guten Morgen, Frau Steinhaus.

Steinhaus: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Wie schauen Sie auf diese Diskussion um das Bürgergeld und die Forderung, die beschlossene Erhöhung zu stoppen?

Steinhaus: Ich muss sagen, als allererstes bin ich tatsächlich geschockt, wie das schon wieder breitgetreten wird und wie damit auch alle Bürgergeldbeziehenden irgendwie geschmäht werden. Ja, ich finde das niederträchtig und es geht gar nicht.

Barenberg: Die Inflation ist ja inzwischen viel niedriger als vorhergesagt. Das ist ein Argument und da ist eine Anhebung dann um 12 Prozent einfach zu viel, so sagt es der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz. Was sagen Sie?

Steinhaus: Das ist ja eine Momentaufnahme, die er da hat und außerdem, die sogenannten regelbedarfsrelevanten Posten, die es im Bürgergeld gibt, die sind wesentlich stärker von der Inflation betroffen als der Durchschnitt. Da reden wir nämlich vor allem von Lebensmitteln. Und die sind um fast 30 Prozent höher, also die Kosten für Lebensmittel. Von daher ist das überhaupt kein Argument, sondern einfach, ja, eine schlechte Rechnung.

Barenberg: Ein weiteres zentrales Argument der Kritiker: Ein höheres Bürgergeld verletzt das Lohnabstandsgebot, also die Idee, dass Beschäftigte immer mehr verdienen sollen als Menschen, die Sozialleistungen vom Staat in Anspruch nehmen. Ist das in Ihren Augen ein überzeugendes Argument?

Steinhaus: Also, ich bin grundsätzlich dafür, dass Menschen, die arbeiten, mehr haben als Menschen, die Sozialleistungen bekommen. Und das finde ich auch sehr edel, das immer wieder zu betonen. Ich finde allerdings, das geht in eine völlig falsche Richtung. Also, wir müssen uns fragen, wie diese Menschen mehr verdienen können und warum sie überhaupt so wenig verdienen und wer davon profitiert. Hier ist das Stichwort der Niedriglohnsektor, der ja in den letzten Jahren extrem ausgebaut wurde und in dem sich viele Menschen auch befinden, die Bürgergeld beziehen. Also, von daher, der Ansatz ist gut, aber geht in die falsche Richtung.

Barenberg: Und ein weiteres verwandtes Argument, ein höheres Bürgergeld schwäche den Anreiz, sich selbst eine Arbeit zu suchen. Ist das aus Ihrer Erfahrung heraus zutreffend?

Steinhaus: Das ist nicht zutreffend, nein. Es geht hier nicht darum, Arbeitsanreize zu schaffen, weil wir ... nein, wir müssen gucken, wer Bürgergeld bezieht. Die meisten Menschen sind gar nicht erwerbsfähig, wie man es nennt. Sondern wir haben fast zwei Millionen Kinder und Jugendliche im Bürgergeld. Wir haben viele Menschen, die Care-Arbeit leisten, die also ihre Eltern pflegen, die Kinder erziehen. Wir haben ganz

viele Menschen, die aufstocken, also zu wenig verdienen, um aus dem Leistungsbezug rauszukommen und, ja, ganz viele kranke Menschen auch. Und da bleiben übrig ungefähr 1,5 Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte, wie man sie nennt. Das heißt, wir haben kein Beschäftigungsproblem in Deutschland und wir brauchen keine Anreize. Diese Menschen brauchen Geld.

Barenberg: Und das bekommen sie jetzt nicht, wenn die Erhöhung ausbleibt?

Steinhaus: Die Erhöhung wird ja nicht ausbleiben. Also, die sagen das so, die schmeißen da so flapsig und lapidar in den Raum, als könnte man das einfach so, zack, machen. Aber das würde eine Gesetzesänderung nach sich ziehen und es ist gegen die Verfassung. Das hat ja Herr Heil auch schon gesagt. Also, letztendlich ist es einfach ein Vorschlag, der viel heiße Luft produziert.

Barenberg: Also, eher heiße Luft, als dass sie sich Sorgen machen würden, dass es tatsächlich so kommen könnte? Gesetze kann man ja auch ändern.

Steinhaus: Schon, aber so schnell nicht. Und das, würde ich sagen, würde jetzt ein bisschen mehr brauchen. Ja, die bedienen die ganze Zeit dieses Narrativ, dass Bürgergeldbeziehende faul sind, und dass man die Grundrechte im Grunde ihnen aushebeln muss. Und wir haben ja in unserer Verfassung nicht umsonst für alle Menschen bestimmte Freiheiten festgesetzt, für alle Menschen, egal, wie alt sie sind und auch woher sie kommen.

Barenberg: Wir sind hier gleich mit Carsten Linnemann, dem CDU-Generalsekretär, verabredet. Er macht ja folgende Rechnung unter anderem auf: Es gibt 600 000 junge Menschen zwischen 18 und 24, die weder arbeiten noch in Ausbildung sind. Wer gerade in jungen Jahren arbeiten könnte, sagt er, es aber bewusst nicht tut und das System ausnutzt, der müsste stattdessen mit einer 30-prozentigen Kürzung oder mit 50 Prozent oder mehr rechnen. Was sagen Sie zu diesem Vorschlag?

Steinhaus: Oh, ja, dazu fällt mir Vieles ein. Also, zum einen, diese Zahl, 600 000 Jugendliche zwischen 18 und 24, die stimmt mit Sicherheit, ja. Aber er weiß überhaupt

nicht, was diese Menschen tun. Es ist seine Fantasie, dass die dasitzen und das Sozialsystem ausnutzen. Bei vielen wird die Situation aber ganz anders sein. Also, auch da fallen die Menschen in diese Gruppe von Leuten, die krank sind, die Care-Arbeit leisten, die vielleicht gerade eine Ausbildung abgeschlossen haben und der Übergang ist nicht nahtlos. Das sind Menschen, die haben keine Rücklagen. Deswegen kommen sie dann zeitweise in Bürgergeld. Also, dazu gibt es viel zu sagen. Er skandalisiert diese Zahl, er pickt sie heraus, aber er hat überhaupt keine Grundlage, weswegen das irgendwie gerechtfertigt wäre, was er da gerade macht. Und dass dann den Menschen gleich mehr als 30 Prozent des Bürgergelds gekürzt werden müsste, ist ja auch krass. Also, er macht Vorschläge, die einfach überhaupt nicht mit unserer Verfassung zu vereinbaren sind und wo auch das Bundesverfassungsgericht gerade 2019 wirklich ein ernsthaftes Urteil gesprochen hat. Also, ja – wow.

Barenberg: Helena Steinhaus, Gründerin von „Sanktionsfrei“, einem Berliner Verein. Danke für das Gespräch heute Morgen.